

In der uns durch das Grundgesetz und das Beamtenrecht übertragenen Verantwortung für die Gesellschaft sind wir als systemrelevante Berufsgruppe gleichzeitig unserer Gesellschaft verpflichtet.

Diese Verantwortung nehmen wir wahr und positionieren uns gegen Hass, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Mit Sorge beobachten wir, dass insbesondere der Rechtsextremismus nicht vor den Schultüren haltmacht. Nationalsozialistisches Gedankengut der deutschen Vergangenheit überflutet Teile der Gesellschaft. Hier erheben wir unsere Stimme.

Einstimmig hat der Vorstand der IVL-SH die so genannte "Kieler Erklärung" beschlossen.

Kieler Erklärung der IVL-SH

Unser Bekenntnis zur Demokratie beinhaltet die Unterstützung und Anerkennung demokratischer Prinzipien, wie sie in vielen Gesellschaften weltweit verankert sind. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte, die Meinungsfreiheit, die Gewaltenteilung, regelmäßige freie Wahlen und der Schutz von Minderheiten. Eine Demokratie ermöglicht den Bürgern, ihre Meinungen auszudrücken, politische Entscheidungen zu treffen und an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen.

Das klare "Nein der IVL-SH" zum Extremismus drückt eine Ablehnung jeglicher Ideologien oder Aktivitäten aus, die auf rassistischer, fremdenfeindlicher, antisemitischer oder antidemokratischer Grundlage beruhen. Rechtsextremismus steht im Widerspruch zu den Grundwerten der Demokratie, da er oft Intoleranz, Hass und Gewalt fördert und versucht, die Prinzipien der Gleichheit und der Menschenrechte zu untergraben.

Unser Bekenntnis zur Demokratie und zur Ablehnung des Rechtsextremismus muss als Ausdruck unseres Engagements für eine inklusive, offene und demokratische Gesellschaft verstanden werden, in der die Würde und die Rechte jedes Einzelnen respektiert werden.

Kiel, 15.09.2023

Der Landesvorstand